

KVB-Vorstand: „Corona-Pandemie überlagert alles“

München, 14. Dezember 2021: Die Zahl der Corona-Schutzimpfungen in den Arztpraxen in Bayern liegt inzwischen bei über 9 Millionen. Über den Kampf der Praxen gegen die Pandemie, aber auch über viele weitere Themen rund um die ambulante medizinische und psychotherapeutische Versorgung in Bayern berichtete heute der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) im Rahmen seiner Jahrespressekonferenz. Ausgewählte Statements des Vorstands der KVB – Dr. Wolfgang Krombholz, Dr. Pedro Schmelz und Dr. Claudia Ritter-Rupp – zu einigen aktuellen Themen:

Aktuelle Corona-Lage

„Bayerns Praxen sind der Treiber der Impfkampagne. Sie haben seit Beginn der Pandemie im Februar 2020 Großartiges geleistet und die Regelversorgung der Patientinnen und Patienten auch unter widrigsten Bedingungen aufrecht erhalten. Gerade den medizinischen Fachangestellten gebührt höchster Dank und natürlich auch finanzielle Anerkennung für ihren großartigen Einsatz. Insgesamt haben die Haus- und Fachärzte in Bayern in ihren Praxen bislang rund 9,2 Millionen COVID-19-Schutzimpfungen durchgeführt, davon waren 3,6 Mio. Erstimpfungen, 3,8 Mio. Zweitimpfungen und 1,8 Mio. Boosterimpfungen. Was nicht vergessen werden darf: Parallel dazu haben die Haus- und Fachärzte in ihren Praxen auch die Behandlung aller anderen Erkrankungen sowie Vorsorgeuntersuchungen in vollem Umfang aufrechterhalten. Im ersten Halbjahr 2021 wurden in Bayern rund 35 Mio. Patientinnen und Patienten in den Praxen der niedergelassenen Haus- und Fachärzte sowie Psychotherapeuten behandelt. Bei allem Verständnis für Freiheit und Liberalität: Bei einer globalen Pandemie dieses Ausmaßes hilft nur eine strikte Impfpflicht für alle Teile der Bevölkerung, für die eine Impfung medizinisch empfohlen wird. Mit Freiwilligkeit werden wir die immer neuen Corona-Wellen nicht brechen können.“

Auswirkungen der Pandemie

„Die Behandlung der am Coronavirus erkrankten Menschen stellt unser Gesundheitssystem vor gigantische Herausforderungen. Die Bilder aus den überfüllten Intensivstationen sind allgegenwärtig. Aber darüber darf nicht vergessen werden, dass der Großteil aller Corona-Erkrankungen in den Praxen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte behandelt wird und dass es mit „Long-Covid“, also den Langzeitfolgen einer Corona-Erkrankung, ein ganz neues Krankheitsbild gibt, mit dem Haus- und Fachärzte sowie Psychotherapeuten konfrontiert sind. Unseren Zahlen nach wurden in Bayern über 67.000 Patien-

Pressestelle der KVB
Telefon: 0 89 / 5 70 93 - 2192
Fax: 0 89 / 5 70 93 - 2195
E-Mail: presse@kvb.de
Internet: www.kvb.de

KVB
Elsenheimerstraße 39
80687 München

ten mit Long-Covid im ersten Halbjahr 2021 ambulant behandelt. Um die Praxen dabei zu unterstützen, haben wir ein LOCON-Netzwerk mit Fachexperten aus Wissenschaft und Praxis gegründet. Ziel ist vor allem der Wissensaustausch und die Bereitstellung von Informationen über Behandlungswege.“

Fokus auf Kindern und Jugendlichen

„Aus unserer Sicht wurde bislang zu wenig auf die Folgen geachtet, die die Corona-Pandemie und die daraus resultierenden Einschränkungen auf die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen haben. Auch wenn diese vergleichsweise selten unter schwereren Folgen einer Corona-Erkrankung leiden, haben sie doch erheblich mit den Begleiterscheinungen der Pandemie zu kämpfen. Bei vielen von ihnen wird sich das Ausmaß der psychischen Belastung erst längerfristig zeigen. Kindergarten- und Schulschließungen sowie Kontaktbeschränkungen führen zu Störungen der psychosozialen Entwicklung. Dies schlägt sich insbesondere in einem deutlich gestiegenen Bedarf an psychotherapeutischer Behandlung nieder. Waren im vergangenen Jahr die Behandlungszahlen in der psychotherapeutischen Versorgung auf dem Niveau der Vorjahre geblieben, so hat sich dies im ersten Halbjahr 2021 deutlich geändert. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen im Alter von 12 bis 18 Jahren und bei jungen Erwachsenen zwischen 19 und 29 Jahren war gegenüber den Zeiten vor Corona eine sehr starke Zunahme der Fallzahlen von über 15 bis 25 Prozent zu verzeichnen. Aufgrund dessen haben wir kurzfristig die Möglichkeit geschaffen, bei entsprechendem regionalen Bedarf mit zeitlich befristeten Ermächtigungen gegenzusteuern.“

Erwartungen an die neue Bundesregierung

„Die Corona-Pandemie führt dazu, dass das Bundesgesundheitsministerium in der neuen Ampel-Koalition einen ganz anderen Stellenwert hat, als dies in früheren Regierungskoalitionen der Fall war. Wir wünschen dem neuen Bundesgesundheitsminister Professor Karl Lauterbach ein glücklicheres Händchen und mehr Erfolg, als dies seinem Amtsvorgänger Jens Spahn beschieden war. Dieser hatte insbesondere mit einer Flut an Gesetzen, insbesondere zur Digitalisierung, viel Unruhe in den Praxen geschaffen. Von einer neuen Regierung erwarten wir, dass sie nicht gegen die Interessen der Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Kliniken und Praxen arbeitet, sondern deren berechnete Anliegen auch ernst nimmt. Dazu gehört der Erhalt der Therapiefreiheit ebenso wie die Freiberuflichkeit. Strategischen Aufkäufen von Praxen und Kliniken durch gewinnorientierte Kapitalunternehmen muss ein Ende gesetzt werden.“

Bedrohung durch iMVZ

„Man kann sich nur wundern, dass die schleichende Unterwanderung des Gesundheitssystems durch Kapitalinvestoren aus dem In- und Ausland nicht schon längst ganz oben auf der gesundheitspolitischen Agenda steht. Auf alle Fälle wird es eine Hauptaufgabe der neuen Regierung sein, zeitnah wirksame Maßnahmen gegen die immer weitere Verbreitung von investorengetragenen Medizinischen Versorgungszentren (iMVZ) zu beschließen. Wir begrüßen, dass die Gesundheitsministerkonferenz der Länder sich hier in unserem Sinne positioniert hat. Unsere Kritik richtet sich nicht gegen MVZ an sich, die als Organisationsform eine ebensolche Daseinsberechtigung haben wie Einzel- und Gemeinschaftspraxen. Aber wir kritisieren den Einfluss von Kapitalinvestoren, die iMVZ als Renditeobjekte nutzen und sich insbesondere auf finanziell lukrative Eingriffe spezialisieren und damit eine renditeorientierte Medizin betreiben. Wir sehen diesen Angriff auf die Freiberuflichkeit als reale Gefahr für die Regelversorgung der Patienten!“

Digitalisierung nur mit echtem Mehrwert

„Unter dem Schlagwort ‚Digitalisierung des Gesundheitswesens‘ verbirgt sich leider zu häufig reiner Etikettenschwindel, denn viele der mit großem Trara angekündigten Innovationen wie die Apps auf Rezept oder auch die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung stellen sich häufig eher als Einkommensquelle für findige IT-Unternehmen und weniger als substantielle Hilfe für Ärzte und Patienten dar. Um dies klarzustellen: Wir stehen der digitalen Transformation des Gesundheitssystems aufgeschlossen gegenüber, sofern diese einen echten Mehrwert für die Praxen wie auch die Patienten bringt und sofern der Datenschutz entsprechend berücksichtigt ist. Das Mindeste, was wir vom Gesetzgeber erwarten, ist, dass vor der Umsetzung digitaler Neuerungen in der Praxis jeweils eine Testphase erfolgt und erst nach erfolgreichem Praxistest eine Umsetzung in der Fläche startet. In dem Sinne unterstützen wir sehr die entsprechende Petition, die die Kollegin Dr. Petra Reis-Berkowicz beim Petitionsausschuss des Bundestags gestellt hat. Noch wenige Tage lang besteht die Möglichkeit, die Online-Petition mit dem Titel *„Kassenarztrecht - Einführung von Flächentests zur elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung und zum eRezept“* online unter <https://epetitionen.bundestag.de/> mit der Nummer 126863 zu unterzeichnen.“

Ärztlicher Bereitschaftsdienst vor den Feiertagen

„Wir erwarten dieses Jahr an Weihnachten und zum Jahreswechsel pandemiebedingt ein enormes Anrufaufkommen im Ärztlichen Bereitschaftsdienst. Nicht nur für die Praxen der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten gilt, dass derzeit alle am Rande der Kapazitätsgrenzen arbeiten. Auch in den

rund 110 Bereitschaftspraxen und in den Vermittlungszentralen der KVB sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Limit. Insofern unser Appell an die Bevölkerung: Rufen Sie die 116117 bei Bedarf gerne an, aber bleiben Sie freundlich!“

Kein Nachwuchs für den Notarzdienst

„Trotz einer Erhöhung der Vergütung für die Notärztinnen und Notärzte um rund 20 Prozent gegenüber dem Jahr 2020 macht uns die Besetzungsquote an den Notarztstandorten Sorgen. Immer weniger niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sind bereit, den hohen Aufwand für die Tätigkeit als Notarzt in Kauf zu nehmen. Und auch die Kliniken können weniger leicht Personal dafür einbeziehungsweise abstellen, als dies in früheren Zeiten der Fall war. Ergebnis ist, dass die Besetzungsquote über alle Notarztstandorte in Bayern hinweg von 98,10 Prozent im Jahr 2017 auf knapp unter 96 Prozent im laufenden Jahr gesunken ist.“